





Stunden zu genießen, und dem Wunsche, daß alle Anwesenden einen innern Gewinn mit nach Hause nehmen möchten, schloß die in der vaterländischen Weise verlaufene Veranstaltung.

**Württemberg, 9. März.** Der Mieterverein hatte auf letzten Samstagabend eine öffentliche Versammlung im Gasthaus zum Adler hier einberufen. Einladung erging auch an die Hausbesitzer und an die Gemeindebehörde. Als Referent war gewöhnlicher Rechtsanwalt und Gemeinderat v. Bagnato-Göttingen, Vorsitzender des Mietervereinsverbandes Württemberg und Hohenzollern. Der Vorsitzende wußte begrüßte die Versammlung, sein Bedauern ausdrückend, daß dieselbe im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung nicht besser besucht war. Hierauf erteilte er dem Referenten das Wort, der das Thema behandelte: „Bau- und Genossenschaftswesen; die Mietsteuer nach der 3. Steuernotverordnung und die gezielte Mietzinsbildung“. Er führte etwa folgendes aus: Die Wohnungsfrage ist die ernsteste Frage unseres Volkes, sie ist die soziale Frage, weil sie Ursache und Ausgangspunkt unserer heutigen und künftigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sein muß. Die Wohnungsfrage berührt alle Menschen, weil sie in zunehmendem Maße die Menschen vertritt, und diese Verbitterung wird nicht kleiner, sondern immer größer. Die Hebung dieser Not ist Aufgabe aller. Wir dürfen nicht gedankenlos das Bauen auf die sogenannten Besten abwälzen, schon deshalb nicht, weil mancher, was wir heute für Reichtum halten, Scheinwohl ist. Erkennen wir das Lebensbild der Wohnungsfrage nicht, so wird uns die nahe Zukunft den Abgrund zeigen, in den uns die Wohnungsfrage schließlich führt. Welches ist die Ursache dieser Not? Die Ursache der Wohnungsfrage ist in verschiedenen Umständen begründet, in der Bevölkerungszunahme, im Stillstand der Bauwirtschaft während des Krieges, nach Kriegsende im Mangel an Baustoffen und Arbeitskräften und letzten Endes in der Unrentabilität des Wohnungsbaues überhaupt. Das Bauen ist jetzt nach Stabilisierung der Markt noch viel zu teuer. Diejenigen, die bauen könnten, legen ihr Geld muthingelnd anderswo an als in Mietshäusern. Das hat die Inflationszeit durch die Inflation durch den Währungsverlust an Wert und die Inflation hat den Kapitalist mehr verdient, als wenn er sein Geld in Häusern angelegt hätte. Wo das Geld am besten rentiert, wird es angelegt. Die Mieter aber, von denen die Wehrzahl sein Geld hat und zu den Armeeren unter den Armen gehören, können nicht bauen. Scharf geistige der Redner den Gegensatz vieler Hausbesitzer. Vom privatkapitalistischen Standpunkt aus ist ein Bauen nicht denkbar, weil es zur Zeit des teuren Geldes (10 Prozent und mehr) sich niemand drum reißt, Mietshäuser zu bauen. Dann ist meistens Privatkapital für die Allgemeinheit beizutragen zum Bau. Daraus ergibt sich, daß die Wohnungsfrage nicht so leicht gelöst werden wird. Diese Wohnungsfrage besteht freilich nicht allein in Deutschland, auch England, Frankreich, Holland und Dänemark leiden unter ihr. Seitdem in England die Arbeiterpartei die Regierung an sich gerissen hat, sind dort über 200.000 Wohnhäuser erstellt worden, wodurch die Wohnungsfrage bedeutend vermindert wurde. Wohnung und Nahrung bilden die Grundbedürfnisse eines Volkes, wenn es gedeihen soll. Staat und Gemeinde haben Interesse an diesem Gedeihen, also auch Interesse, die Wohnungsfrage zu bereinigen, so wie es was es wolle. Hier in Württemberg ist es höchste Zeit, sofort einzufahren, wenn die Not nicht unerträglich werden soll. Sollen kann nur eins, der einzige Wille zur Selbsthilfe, zum Bauen. Die Gemeinden müssen künftig für sich selbst sorgen. Darum müssen Gemeinde und Mieter eins gehen, bzw. muß eine gemeinnützige Bau-Genossenschaft mit möglichst paritätischer Verwaltung gegründet werden. Diese Genossenschaft hätte die Aufgabe, praktische und solide Wohnhäuser zu bauen. Des weiteren verbreitete sich der Redner noch über die Mietsteuer nach der 3. Steuernotverordnung und die gezielte Mietzinsbildung. Der lehrende Vortrag wurde zum größten Teil aufgenommen. Es schloß sich eine lebhafte, zum Teil erregte Debatte an. Vor allem wurde der Miethäuserverband über das Fernbleiben der Gemeindebehörde als Ausdruck gegeben. Wie wir hören, ist das Fernbleiben des Herrn Schultheißen wohl dem Umstand zuzuschreiben, daß ein Teueriall bei ihm eingetreten ist. Trotz der Warnung des Vorsitzenden, in der Debatte nicht persönlich zu werden, wurde dieses Gebot nicht beachtet, so daß der anwesende Gemeinderat Richter die Angriffe auf das Rathaus mit aller Energie zurückwies. Bant-wooster Arnold geistete Miethäuser, denen die Mieter ausgelegt sind und zeigte gangbare Wege, die zur Beseitigung der Wohnungsfrage führen können. Obgleich Herr Frei glaubt, daß durch solche scharfe Auseinandersetzungen, wie sie der heutige Abend geseht habe, der Beseitigung der Wohnungsfrage nicht gedient ist. Wenn man eine brauchbare Bau-Genossenschaft gründen will, braucht man die Gemeindevorwaltung unter allen Umständen. Er macht dem Verein den Vorstoß, aus seiner Mitte eine Kommission zu wählen, die sich mit der Gemeindevorwaltung in Benehmen setzt behufs Gründung fraglicher Bau-Genossenschaft. Nach einer ganzen Anzahl Redner haben sich an der Aussprache beteiligt. Die Ausführungen dieser Redner (Walt, Scherer, Kaiser, Stanger, Schöth, Wurthardt, Ruff) im einzelnen hier wiedergegeben, ist wegen Raummangel leider

nicht möglich. Das Schlusswort hatte Rechtsanwalt v. Bagnato, er ist mit den Ausführungen des Oberlehrers Frei ganz einverstanden. Wenn man die Bauwirtschaft begünstigen will, braucht man ohne weiteres die Hilfe der Gemeinde. Deshalb müsse man in seinen Ausführungen vorsichtiger sein. Man darf sich den Weg zur Gemeindebehörde nicht verschließen. Also weg mit dem Gemeinwohl! Mehr Takt! Die Verhältnisse zwischen Mieter und Gemeinde, zwischen Hausbesitzer und Mieter müsse besser werden.

### Württemberg.

**Stuttgart, 10. März.** (Die Ausdehnung in der Holzindustrie bedingt.) Nachdem in der Frage der Arbeitszeit durch zentrale Verhandlungen in Berlin für das ganze Reich die Arbeitszeit auf 48 Stunden vorläufig festgelegt und der Schlichterspruch des Schlichters für Württemberg, der eine Vorkündigungsfrist von 6 Wg. die Stunde vorkünder, von beiden Parteien für Württemberg angenommen ist, konnte heute die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden.

**Stuttgart, 10. März.** (Richter und Landwirte.) Justizminister Becker schreibt im „Staatsanzeiger“. In der „Schwäb. Tageszeitung“ vom 9. März wird in einer Anfrage an den Justizminister die Behauptung aufgestellt, der Zentrumsabgeordnete Andre habe in einer Versammlung die Auffassung ausgesprochen, daß anstehend die starken Strafen gegen die Landwirte, die dem „nationalen“ gesteuerten Richter nur deshalb angehängt werden, damit die Landwirte nicht geschont werden und mit Recht oder Unrecht gegen die Republik gehandelt werden können. Ich kann nicht glauben, daß der Abg. Andre sich in dem Sinn ausgesprochen hat, wie es die „Schwäb. Tageszeitung“ darstellt. Jedenfalls aber stelle ich als meine Ueberszeugung fest: Niemals wird ein Richter aus solchen Gründen ein Urteil fällen.

**Misbauhen O. L. Sautgan, 10. März.** (Den Vater erschlagen.) Am 29. Februar abends gab es in einer diesigen Wirtschafft einen Streit zwischen dem 67 Jahre alten Privatier Wilhelm Schäfer und seinen Söhnen. Kautschall-Gottlieb Schäfer hier, der scheinlich wollte, wurde von seinem Vater tödlich angegriffen und verlor in der Abwehr dem Vater einen Schlag auf den Kopf. Auf dem Heimweg brach der Vater vor seiner Wohnung zusammen. Am folgenden Morgen wurde er in beklagenswertem Zustand ins Krankenhaus gebracht, wo er nach am gleichen Tag starb.

**Hulfer, 10. März.** (Tollmutter.) Der 12 Jahre alte Sohn der Frau Konditor Rinder wurde von einem Hund des Sauerwirts Wassermann gebissen. Beide Hunde des Wassermann wurden sofort erschossen und bei beiden die Tollmutter festgestellt.

**Kirchheim, 10. März.** (Jugendfahrt des „J. R. S.“) Das hier im Bau befindliche amerikanische Dampfschiff „J. R. S.“ soll auf Belegung des amerikanischen Marineministeriums Ende April oder Anfang Mai über den Ozean nach Amerika fliegen. Die Probefahrten beginnen nächste Woche.

### Baden.

**Worzhelm, 9. März.** Die evang. Stadtgeistlichkeit und die Kirchenämter der evangelischen Kirchengemeinde erheben öffentlichen Protest gegen die Luftkutscherei, die tiefste Stimmen an Geld und viel an sittlichen Werten verbrachten. Vor allem wenden sie sich auch dagegen, daß die Luftkutscherei noch über Nacht hinaus bis in die stille Postzeit hinein zugelassen sind. Die gesamte Volksgemeinschaft ruft Stadtgeistlichkeit und Kirchenämter auf das Entschuldigste zur Selbstreinigung auf und zu derjenigen Einfachheit der Sitte und der Lebensgestaltung, die allem eine bessere Zukunft verbürgt.

**Konstanz, 10. März.** Vor der Strafkammer hatten sich 13 Reichenauer Fischer wegen Auftrahes zu verantworten. Der Angeklagte lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 18. Oktober wurden den angeklagten Fischern Kupfer Deckmann und Fritz Müller II wegen Verdachts unerlaubter Ausfuhr ihre beiden Gondeln und Schweizer Franken beschlagnahmt. Daraus sammelten sie am 26. Oktober vor dem Zollamtsgebäude beim Landungsplatz der Insel etwa 80 Reichenauer Fischer an, die die Herausgabe der Gondeln und des Geldes verlangten. Unter den Reichenauer Fischer befanden sich auch die Angeklagten, die gegen die Zollbeamten grobe Beschimpfungen ausgesprochen und die Beamten dadurch beleidigt und außerdem bedroht hatten. Die Angeklagten wurden mit Gefängnisstrafen von 6 bis 9 Monaten bestraft. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

### Vermischtes.

**Ein Mändener Kwickel-Fall.** Ein rätselhafter Vorfall, der lebhaft an die jüngere vielbesprochene Affäre der Grafen Kwickel erinnert, beschäftigt zur Zeit die Mändener Polizeibehörde. Wertwürdigerweise liegt der Fall bereits zwei Jahre zurück und seine Umstände erscheinen nicht weniger verwirrt, wie die damalige geheimnisvolle angebliche Verwandlung eines märkischen Bahmwärterfindes in einen dolnischen Grafensohn. Im September 1922 erschien in einer Zeitung ein Inserat, wonach ein neugeborener gesunder Knabe gesucht und an Kindes-

statt angenommen werde. Eine Frau in dem Mändener Ortort Sieging erbot sich, ihren erstgeborenen Knaben herzugeben. Daraufhin erschien bei der Frau ein Mann, der sich als Medizinalrat und Hausarzt der das Kind zugehörigen Familie ausgab. Er unterzeichnete das Kind, erklärte es für krank und bemerkte, daß das Kind in ein Säuglingsheim untergebracht werden müsse. Die Mutter des Kindes war damit einverstanden. Bald darauf erschienen zwei schwarzgekleidete Damen, eine jüngere und eine ältere, verschleiert bei der Mutter des Kindes in Begleitung eines Mannes; sie stellten sich als Mutter, Tochter und Bruder vor. Aus der Erzählung der jungen Dame entnahm man, daß sie ein totes Kind geboren habe und nun wieder ein Kind haben möchte. Die Frau gab daraufhin ihr Kind her, ohne sich nach Namen und Stand der Familie zu erkundigen. Es wurde ihr nun mitgeteilt, daß sie in einem halben Jahre Nachricht von ihrem Kinde erhalte. Die drei Personen verließen darauf das Haus, besaßen am nächsten Morgen ein dort wartendes Auto, und fuhren davon. Nachdem die Mutter bis heute keine Nachricht von dem Kinde erhalten, erstattete sie Anzeige bei der Polizei, die der vermuteten Kindesentführung mit großem Eifer nachgeht.

**Welche Volkslieder sind die besten?** Die Dresdener Nachrichten haben vor kurzem ein Preisandereitschreiben erlassen, das auch die Frage behandelte: Welches deutsche Volkslied kennzeichnet am besten den unverletzlichen deutschen Geist? Die meisten Stimmen sammelten sich wie zu erwarten, auf „Deutschland, Deutschland über alles“, dann wurden am häufigsten genannt: „Stille Nacht, heilige Nacht, Ich kenn' ein' hellen Edelstein“, „Wacht am Rhein“, „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten, Ich halt' einen Kameraden, Ein' feste Burg, Am Brunnen vor dem Tore usw.“ Interessant dürfte nun dieses Ergebnis im Vergleich zu einer ebenfalls kürzlich erschienenen „Univ.-Korrespondenz“ im Jahre 1921 erließ. Damals sprach sich die meisten Einfachen, darunter eine Anzahl aus Amerika, für „Ich kenn' ein' hellen Edelstein“ aus; gleich darauf wurde „Deutschland, Deutschland über alles“ und an dritter Stelle: „Am Brunnen vor dem Tore“ genannt. Aber die geistigen Lieber wurde besonders entschieden; hier errang „Ein' feste Burg“ den weitaus größten Vorsprung.

**Der Streit um ein Hochzeitsgeschenk.** Um die Veranlassung eines vor 19 Jahren dem früheren deutschen Kronprinzen gemachten Hochzeitsgeschenktes ist ein Streit entbrannt, der in den nächsten Tagen entschieden werden soll. Etwa 400 preussische Städte stifteten im Jahre 1905 zur Hochzeit des Kronprinzen ein kostbares Tafelgeschloß, das von ersten Künstlern gearbeitet wurde. Das Tafelgeschloß war für 30 Personen berechnet und umfaßte 1900 Stücke, die zum Teil aus schwerem Silber, zum Teil aus Porzellan und künstlicher geschliffenem Metall bestanden. Das Geschenk konnte seinerzeit nicht übergeben werden, da es nicht rechtzeitig fertiggestellt war. In der Zwischenzeit ist es vollendet worden und lagert in der Reichsbank. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, hat der Kronprinz jetzt Anspruch auf Auslieferung erhoben mit der Begründung, daß seine ungenutzte finanzielle Lage einen Verzicht darauf nicht gestatte. Die juristische Seite des Falles ist dadurch unklar, daß die Schenkungsurkunde nicht notariell beglaubigt ist. Aus diesem Grunde wird ihre Rechtskraft angezweifelt. Zu den Stiftern des Tafelgeschloßes zählten auch Danzig, Pommern und Städte Ober-Schlesens, die heute nicht mehr zum preussischen Staat gehören. In den nächsten Tagen werden die Oberbürgermeister der preussischen Städte zusammenzutreten, um über den Wert des Tafelgeschloßes, der einen hohen kunstgewerblichen Wert besitzt, zu entscheiden. — Dem gesunden Menschenverstand wird es kaum einleuchten, daß in der Frage des Eigentumsüberganges überhaupt nur eine Meinungsverschiedenheit entstehen konnte.

**Soll man mit dem Mann streiten?** Kugeneck'se Frage. In ihrer Verantwortung haben nun inunabhängig amerikanische Frauen sich die Mühe genommen, eine bestimmte Zeit hindurch genaue Aufzeichnungen über alle Vorfälle zu machen, über die sie in Not geraten, so daß sie mit ihrem Mann streiten. Aus den Notizen der Damen ergibt sich, daß es 2mal wöchentlich ein häßliches Gewitter gab. Die häufigsten Gewittertage waren der Freitag und der Samstag und zumeist zog sich das Gewitter vor dem Mittagessen zusammen. Wofür selten waren die Damen froh, daß sie es ihm einmal ordentlich heruntergelassen hätten“. In den meisten Fällen bereuen sie es nachträglich, daß sie sich nicht besser in der Hand gehabt hätten.

### Handel und Verkehr.

**Schwäb. 8. März.** Zufuhr 64 Stück Vieh und 54 Schweine. Es wurde bezahlt für Vieh 9 Monate alt 105—140 Mark, 1 Jahr 140—220, 1½-jährig 260—300, Kalbinnen 300—550 Mk. pro Stück, für Schweine 45—70 Mark pro Paar.

**Schwäb. 8. März.** Bei lebhaftem Handel wurde für das Paar Milchschweine 40—65 M. bezahlt, in Spaichingen 20—28 Mark für das Stück, in Göttingen für das Paar Milchschweine 30—55 Mk., Küfereschweine 60—100 Mk.

**Vom Textilmarkt.** Im Februar hatte der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie einen weiteren Fortschritt erfahren. Die zahlreiche Dolk- und Fertigfabrikate des Textil- und Be-

**Der Kampf im Spejart.**  
Erzählung von Levin Schäfer.

Und das Herz ging den Männern auf, als sie den Bourgon öffneten und seinen Inhalt plünderten. Brot und Würste, Gebäckes, kaltes Geflügel, Pasteten, Kuchen, Fleischstücke mit Bodsbeuteln, genug wurde aus dem Innern herausgelangt, um die ganze Mannschaft satt und trunken zu machen. Dazu silbernes Geschütz und Kessel und Trinkelgeschloß; das letztere diente zuerst, überschüttet von dem Inhalt des goldenen Rain- und Steinweins, der aus den Bodsbeuteln floß.

„Hurra, es lebe das Heilige Römische Reich!“ rief der Knirps, der Krippauer, aus, nachdem er ein Kristallglas halb geleert. „Das ist Gewächs von der Härte, denk' ich, hab's nie besser bekommen; so laß ich mir die Franzosenjagd gefallen!“ „Klagt jetzt nicht mehr, daß man den Ketten nicht die Haut abziehen und sie nicht als Haken schmoren kann?“ lachte der mit dem zerrissenen Kermel, der Schulmeister.

„Nein, so kann's fortgehen, morgen und alle Tage,“ versetzte der Knirps, den Rest hinaraterschludend. „Ich denke, wir machen so weiter! Was haben wir auch die Soldaten, die Oesterreicher nötig? Wenn jeder Mann von uns Bauern wäre wie ich und nur drei Stunden häh's lösen ließe für Kraut und Rot, jeder Mann von den Förstern und Bauern im ganzen Römischen Reich, wie schlägen die Franzosen allein zum Land hinaus und nachher, dann gingen wir über den Rhein und in ihr Land hinein und machien's dort wie sie bei uns. Steinweine mir dicke da haben sie freilich nicht, aber was sie haben, wird auch nicht zu Eilig sein, und es ließ sich probieren!“

„Armer Teopel!“ sagte der Schulmeister. „Meinst du, die großen Herren ließen dich ruhig dein Pulver verknallen und auf deine Faust nach Frankreich marschieren, damit, wenn du heimkämst, du nachher das große Maul führtest? Jetzt, weißt,

haben sie uns losgelassen, weil sie uns brauchen können, wie die Hunde, wenn die Strolche auf den Hof kommen. Später werden sie dich schon wieder an die Kette legen!“

„Ah, das, wenn wir alle zusammenhielten, könnten wir jaß so gut die großen Herren an die Kette legen!“

„Warum nicht gar,“ lacht der Krippauer dazwischen, „wer sollte sie denn füttern? Die Sorte frißt zu viel!“

„Kun, so machen wir's den Franzosen nach, wie sie sich drücken ihre großen Herren vom Halle schaffen; die haben's doch gelernt!“ antwortete der Krippauer, daß das Maul mit einem Biß in ein kaltes gebrotenes Feldhuhn knopfend.

Wilderich trat in diesem Augenblick in den Kreis und unterbrach diese Reden, die bewiesen, daß der gestrenge Schäfer nicht so ganz unrecht hatte, wenn er behauptete, das Volk im Lande sei von den Republikanern mit Gedanken angehebt, die in den Zeiten seiner Regierenen Auswärts wider den Reichsfeind noch nicht erfinden waren.

Wilderich war in seiner Wohnung drüben gewesen, für die Unterkunft der Vermundeten zu sorgen, nach Margarete und dem Kinde, die gegen Abend aus einem Flußversteck im Walde zurückgekommen waren, zu sehen, und seine Vorbereitungen für seine Kette zu treffen.

„Wo bleibst du, Kommandant?“ riefen ihm die Bauern entgegen. „Gut und trinkt!“

„Ich habe in meinem Hause gegessen und getrunken,“ versetzte er und zog den Krippauer am Wams zur Seite.

„Krippauer,“ sagte er dabei, „hör, ich muß euch verlassen.“

„Verlassen — Ihr — uns — jetzt? Zum Teufel, das wäre nicht recht, Kommandant!“

„Aber doch muß ich, Ich muß nach Frankfurt. Fragt mich nicht wechals!“

„Das mücht' ich doch wissen, wechals?“

„Woht denn, weil der Erzherzog mit einem Brief dahin gegeben.“

„Der Erzherzog? Nun, wenn das ist — aber wie wollt Ihr nach Frankfurt kommen, durch das Franzosengewühl auf allen Straßen, die dahin führen?“

„Ich denk, ich werd's möglich machen; ich muß eben! Ue-terdes führt Ihr die Leute — wollt Ihr, Krippauer?“

„Ob ich will? Fragt lieber, ob ich kann? Sie werden nicht auf mich hören!“

„Sie sollen auf Euch hören, ich werd's schon machen.“

„Da bin ich begierig, wie Ihr's machen wollt, daß die Respekt vor dem Krippauer bekommen!“

„Hört nur, tretet neben mich ans Feuer.“

Wilderich trat neben dem Krippauer in die Runde der Gelagerten und rief: „Ihr, ihr Leute hier, seid ruhig, hört mich an!“

„Still, der Kommandant will reden, er wird uns sagen, ob wir sie an die Kette legen oder abtun sollen, wie die Franzosen,“ sagte lachend der Krippauer.

„Ich muß,“ hob Wilderich an, „ich muß euch verlassen, brave Freunde! Ihr seid mir gefolgt, habt mir gehorcht und gute Mannsgut gehalten. Dafür dank' ich euch. Jetzt muß ich euch verlassen, weil ich von dem Erzherzog und Reichsfeldmar- schall einen Brief bekommen habe, den ich nach Frankfurt bringen muß.“

Ein unwilliges Gemurmel erhob sich, durch das des Schulmeisters Kopf vernachlässigt wurde: „So haben wir nicht gewettet, Förster Bachrod, Nichts da von Weggehen! Ihr dürft von der Kompagnie nicht desertieren, Hauptmann!“

„Ich desertiere auch nicht, ich nehme nur Urlaub, und unterdes laß ich euch einen Leutnant. Dazu hab' ich den Krippauer erwählt, denn er ist ein wascher Mann, harz wie sein und ist in seiner Jugend auch eine Weile Soldat gewesen bei den Hohenzollern! Wollt ihr ihm folgen wie mir?“

(Fortsetzung folgt.)

leidungsflächen (so z.B. Leinwand zu belegen) Baumwollmarkt für den Export von Textilmaschinen in die Türkei und gute Knappheit eine große Zahl von Terminen festzustellen. Die Zahl der im Jahre 1922 abged. T. und die hohen Kosten der Zahlungsbedin-

**Karlsruhe, 9. März.** Rheinisch-Westfälischer Textilkongress in Karlsruhe, 14. März. In der am 13. März abgehaltenen Sitzung der Vorstandswahl für die Jahresversammlung des Textilkongresses wurde die Wahl von Albert Stief als Vorsitzender und von Hermann Sauer als Schriftführer einstimmig für den nächsten Kongress in München, 10. März, durch den Kongress beschlossen. Die Wahl der Mitglieder für die Jahresversammlung des Textilkongresses wurde einstimmig für den nächsten Kongress in München, 10. März, durch den Kongress beschlossen. Die Wahl der Mitglieder für die Jahresversammlung des Textilkongresses wurde einstimmig für den nächsten Kongress in München, 10. März, durch den Kongress beschlossen.



...München Vor-  
...Knaben herangehen,  
...der sich als Medi-  
...von Familie aus-  
...für krank und be-  
...untergebracht wer-  
...amit einverstanden,  
...Damen, eine jün-  
...ter des Kindes in  
...als Mutter, Tochter  
...jungen Dame ent-  
...habe und nun wie-  
...daraufhin ihr Kind  
...familie zu erkunde-  
...in einem halben  
...Die drei Personen  
...schränkenplatz ein  
...schoben die Mutter  
...allen, erklärte sie  
...in Kindesunterrich-  
...Die Dresdener  
...scheiden lassen,  
...sich Volkstied kenn-  
...die Best? Die  
...ten, auf "Deutsch-  
...den häufigsten ge-  
...ein" besten Edel-  
...soll es bedeuten,  
...Am Bräutigam vor-  
...eines Ergebnis im  
...in die "Univer-  
...Damals sprach  
...zahl aus Amerika,  
...sich darauf wurde  
...weiter Stelle. Am  
...die geistigen Lieber  
...Ein feste Burg"

Freudungsstadium sowie auf den Balkenmärkten war eine reizende Tendenz zu beobachten, was langsam wirkte. Auf dem Baumwollmarkt sind geringe Preisrückgänge mit großer Regelmäßigkeit zu beobachten. Die abgehaltene Textilmesse in Hamburg, Königsberg und Dresden wiesen dabei auch gute Kaufkraft auf, jedoch spielte dabei auch Geldknappheit eine große Rolle. Die Textilindustrie hat, ohne lange Termine festzuhalten, ihre Produktion für die nächsten Monate veräußert. Die Textilindustrie ist mit Aufträgen bis Ende des Jahres gedeckt. Behindernd für eine Belebung des Geschäftes sind die hohen Bankzinsen und das wenige Entgegenkommen in den Zahlungsbedingungen.

### Neueste Nachrichten.

**Mannheim, 9. März.** Die Schiffschifferei in einem in der Station Rheinau stehenden Jag hat ihre Aufklärung gefunden. Ein 14-jähriger Junge aus Rheinau hatte mit einer Schiffschifferei gespielt und durch den Schuss die Angst der Franzosen hervorgerufen. Der von ihnen als mutmaßlicher Täter verhaftete Arbeiter Albert Stiefel ist wieder freigelassen worden, nachdem er von den Franzosen in ganz gemeiner Weise behandelt worden ist. Er wurde, wie er angibt, von den Franzosen gezwungen, sich bis aufs Hemd auszuziehen; er wurde ins Gefängnis gesperrt und mit Gewehrholzen und Faustschlägen misshandelt. Sein Wohnlohn und sein Zigarettenentgelt wurde ihm von den Franzosen abgenommen.

**München, 10. März.** Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns haben an ihre Vertrauensleute eine Rundgebung zu den Wahlen herausgegeben, in der sie ein unbedingtes Festhalten am Reichsgedanken im Sinne Bismarcks und den Kampf für die Verwirklichung dieses Reichsgedankens, sowie die Ausgestaltung eines neuen großen Deutschen Reiches auf Grund bundesstaatlicher Gliederung fordern. Der monarchische Gedanke müsse schon heute in der Staatsform seinen Ausdruck finden. Ferner wird die Schaffung eines deutschen christlichen Staats, wirtschaftliche Sicherheit für das Leben aller Volksschichten, die Bekämpfung jeder neuen Inflation, die Beseitigung des Klassenkampfes, Pflege des Wehrgeistes und die Wiedereinführung einer Wehrmacht gefordert.

**München, 10. März.** Die Nachricht eines schweizerischen Blattes, nach der Ruhr sich nach der Schweiz begeben habe, um sich seiner Vernehmung als Zeuge im Hitler-Prozess zu entziehen, ist eine Verleumdung. Ruhr will in München und wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen als Zeuge vor Gericht erscheinen. Ebenso unwahr wie die Nachricht des schweizerischen Blattes sind die Meldungen Berliner Blätter, daß Ruhr als Regierungspräsident von Nordböhmen zurückgetreten sei oder seinen Abschied einreichte.

**München, 10. März.** Dem "Völkischen Kurier" zufolge ist Hauptmann a. D. Weiß, Herausgeber des "Heimatlandes", nach seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter wieder aus der Haft entlassen worden. — Die für heute abend einberufene Kommunistsenarversammlung, die in den Kollodium-Bierhallen stattfinden sollte, ist von der Polizei verboten worden.

**Leipzig, 10. März.** Von besonderer Seite wird dem W. I. B. mitgeteilt. Nach den neuesten Informationen beschäftigen die separatistischen Kräfte in Lubowitsch in allerhöchster Eile wieder loszuschlagen und sich in den Besitz der öffentlichen Macht zu setzen. Diese neue Gefahr wird auch von den zukünftigen Stellen als sehr ernst betrachtet.

**Berlin, 10. März.** Die Reichsregierung hat, wie der Reichskongress heute in einer Besprechung mit den Fraktionsführern mitteilte, die Absicht, mannehoch am Donnerstag den Reichstag aufzulösen und die Neuwahlen am 11. Mai stattfinden zu lassen. Der Antrag zur Auflösung dürfte sich daraus ergeben, daß ein Antrag der Mittelpartei auf Übertragung der Tagesordnung über die sozialdemokratischen und deutschnationalen Aufhebungs- und Abänderungsanträge zum Verhandlungswort der Regierung abgelehnt wird. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hält man es jetzt für ausgeschlossen, daß die Auflösung vermieden werden könnte durch die Annahme eines Antrages, mit dem der Reichstag selbst seine Lebensdauer befristet.

**Berlin, 11. März.** Der Reichstag hat gestern den Gesetzentwurf über die hypothekarische Belastung von Grundstücken der Reichsbahn angenommen, wonach im Interesse der von der Reichsbahn beabsichtigten Kreditoperationen die hypothekarische Belastung ihrer Grundstücke ohne Eintragung zulässig ist. Sodann wurde die Reichsbahn über die Gesetzentwürfe über die Schaffung der Goldkreditbank und über die Herabsetzung des Bankgesetzes zu, die er debattellos nach den Ausschlußbeschlüssen, die die Vorlagen im Wesentlichen nur förmlich und formal abgeändert hatten, annahm.

**Berlin, 10. März.** Die Vorlage über die Goldkreditbank, die heute schon das Reichstagsplenum beschließen soll, wird vom Reichsfinanzminister Luther vertreten werden. Herr Dr. Schacht ist gestern auf telephonisches Ersuchen nach Paris zurückgefahren. — In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die Spitzenkandidatur Postel in Harburg gesichert werden soll. Der sozialdemokratische Parteivorstand wolle damit den rasenden See der Linksopposition beruhigen.

**Berlin, 10. März.** Reichsbankpräsident Dr. Schacht tritt heute abend wieder in Berlin ein und wird morgen, Dienstag, vormittags, mit dem Bankierunterausschuß über die Statuten der Goldkreditbank verhandeln.

**Berlin, 10. März.** Die französische Regierung hat auf Antrag des deutschen Botschafters von Schich den auf die Insel Saint Martin de Ne überführten deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Dorier, der in dem bekannten Mainzer Sabotageprozess verurteilt worden war, wegen schwerer Erkrankung in Freiheit gesetzt und den Straflosigkeit zugesichert.

**Berlin, 10. März.** Nach einer Mitteilung der Agentur Havas werden die in der gestrigen Beratung in Elnstie beschlossenen Maßnahmen zum Zwecke der Unterbindung der ausländischen Volkspressehaltung eingehalten, damit sie ihre volle Wirkung ausüben könnten. — Der außerordentliche Kabinettsrat von heute wurde zweifelsohne dahin geführt, daß der Finanzminister de La Courte in die Lage versetzt werde, morgen Dienstag der Kammer neue Steuerentwürfe zu übermitteln. — Gleichzeitig mit der Erhöhung der Personalarbeit ist von gestern ab eine Erhöhung der Gütertarife um 12,5% vorgenommen worden.

**Weißfel, 11. März.** Thurnis hat dem König erklärt, er sei bereit, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen. Die Kammer werde zum nächsten Dienstag einberufen werden.

**London, 11. März.** Ansehens der Lage im irischen Freistaat hat die Gendarmerie von Ulster Maßnahmen getroffen, um den Schmuggel von Waffen über die Grenze nach Londonderry zu verhindern. Die zwei gestrichelten Offiziere sind noch nicht gefangen genommen worden. In den Straßen von Dublin patrouillieren Kastriktionen mit Soldaten.

**Entdeckung eines kommunistischen Waffenlagers.**  
**Stuttgart, 10. März.** Am Abend des 6. März gelang es Beamten des Polizeipräsidiums Stuttgart, in einem Hause der Hauptstraße ein Waffenlager auszugraben. Dasselbe enthielt 11 Infanteriegewehre, 300 Schuss Infanteriewaffen, 700 Schuss für Pistolen und 65 scharf geladene Handgranaten. Schon vor einiger Zeit wurde von der Polizei die geheime Anfertigung von Handgranaten durch Angehörige der SPD. in Stuttgart, Feuerbach und Möhringen a. F. aufgedeckt. Die in dem Waffenlager in der Hauptstraße gefundenen Handgranaten stammen, wie einwandfrei festgestellt werden konnte, aus dieser kommunistischen Waffenwerkstätte. Das Waffenlager war in raffinierte-

ster Weise in einem seit vielen Jahren unbenutzten Schacht untergebracht und nur schwer zugänglich. Bestimmte Anhaltspunkte weisen darauf hin, daß das Waffenlager zur Verwendung bei der für 13. Februar beabsichtigten, durch rechtzeitige Aufdeckung verhinderten kommunistischen Straßenkundgebung bereitgehalten wurde.

### Die Stellung des Staatspräsidenten.

**Stuttgart, 10. März.** In einer hier abgehaltenen Versammlung der Deutschen demokratischen Partei erklärte Oberbürgermeister Dr. Müllerberger, mit der Stellung des Staatspräsidenten in Württemberg sei er intonanz nicht einverstanden, als dieser über Kleinigkeiten von den Parteien geführt werden kann. Das sollte nicht sein. Der Staatspräsident sollte losgelöst sein vom Parlament, nicht in etwafar niedere Geschichten hineingezogen werden, außerhalb des politischen Parteigetriebes im Staate fungieren und ausschließlich nach allen Seiten hervortreten in der Lage sein. Die Stuttgarter Zeitung bemerkt dazu: Dieses Verlangen ist ohne Zweifel richtig, steht aber voraus, daß der Staatspräsident selber kein Parteimann ist, wenigstens nicht öffentlich als solcher auftritt, sondern in all seinen Handlungen über den Parteien steht.

### Der Hitler-Prozess.

**München, 10. März.** Die heutige Verhandlung begann wieder mit Erklärungen der Verteidigung. So wandte sich Rechtsanwalt Götz gegen den Vorwurf in der D. Allg. Zeitung, daß die Verteidigung die Zeugen zu beeinflussten versuche. Es wird ein Schreiben des Landespolizeiamts vorgelesen, worin als unwohl zurüdgekommen wird, daß einem Offizier mit Folgen gedroht worden sei, wenn er etwas darüber aussage, daß Oberst Seiffert einem Hauptmann die "freundliche" Mitteilung gemacht habe, daß er Reichswehrminister geworden sei. Auf Erlauchen des Reichswehrministeriums wird weiter eine amtliche Mitteilung vorgelesen, daß der in dem Prozess genannte Unteroffizier Ebert tatsächlich kein Kette des Reichspräsidenten ist, er überhaupt keinen Kette habe, der am Krieg teilgenommen habe oder Soldat war.

Justizrat Gademann erklärt dann, man stehe vor dem Beginn der wichtigsten Periode der Verhandlung, vor der Vernehmung der Herren Raab, Löffow und Seiffert. Nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis, insbesondere in den geheimen Sitzungen, halte er es für ganz unmöglich, daß diese Herren noch als Zeugen vorgelesen werden könnten und daß die Drahtzieher des ganzen Unternehmens als Zeugen gegen die Angeklagten auftreten. Der Staatsanwalt möge nochmals die ganze Lage würdigen und er werde dann zu dem Ergebnis kommen, daß hier nicht verurteilt werden, sondern der volle Tatbestand des 8. 8. erfüllt ist, da diese Herren das ganze Unternehmen angezettelt und geleitet hätten. Diese Leute könnten doch nicht als Zeugen gegen die Angeklagten auftreten, die das Unternehmen auf ihren Befehl hin ausgeführt haben. Wenn das sein sollte, dann gebe es einen Kampf und dieser Kampf werde durchgeführt bis auf die letzte Patrone. Der erste Staatsanwalt erwidert, die drei Herren seien nicht als Zeugen gegen die Angeklagten geladen worden, sondern lediglich deshalb, um die positive Wahrheit festzustellen. Rechtsanwalt Röder erklärt, daß man die drei Herren überhaupt nicht kommen lassen solle, sei nicht seine Meinung, wohl aber, daß man ihr Zeugnis nicht als unparteiisch und unbeeinträchtigt bewerten könne. Darüber könne wohl kein Zweifel sein, daß sie unvoreingenommen werden müssen, angesichts dessen, was die letzte geheime Sitzung ergeben habe. Im übrigen hoffe er immer noch, daß die drei Herren bei ihrer Vernehmung erklären werden: Wir sind Männer, die ein deutsches Wort wieder einmal zur Geltung kommen lassen wollen, wenn es auch am 8. und 9. November nicht der Fall war. Wir haben das gleiche getan und wir sind, wenn die anderen schuldig sind, mindestens in gleicher Weise schuldig.

Unter allgemeiner Spannung trat dann der Bericht in die Vernehmung des ersten Hauptzeugen, Generalleutnants a. D. Otto v. Boffo ein. Der Berichtende betonte zunächst, zuerst müßte der Zeuge unvoreingenommen werden, weil er nach den äußeren Umständen im Bürgerkriegsstand eine gewisse Beteiligung an erlittenen gegeben habe, und weil namentlich ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet worden sei. Selbstverständlich habe der Zeuge das Recht, die Antwort zu verweigern auf alle Fragen, durch deren Beantwortung er sich der Gefahr einer strafrechtlichen Verurteilung aussetzen würde. Von Löffow gab dann Aufschluß über die politische Einstellung, welche er in den letzten Monaten vor dem 8. November hatte. Im Sommer 1923 sei er von befreundeter Seite aus dem Norden informiert worden, daß die Rettung Deutschlands erbebt werde von einem Direktorium, das die Fäden der Regierung ergreifen sollte. Es handelte sich um ein rechts eingestelltes rein nationales Direktorium mit diktatorischen Vollmachten, unabhängig von parlamentarischen Einflüssen. Die Verwirklichung dieses Direktoriums sei nicht gedacht gewesen durch einen Bußch, sondern auf Grund der Möglichkeiten aus Artikel 48 der Reichsverfassung. Das Programm habe vorgezogen, daß an der Spitze des Direktoriums ein im In- und Ausland angesehener Mann stehe, eine erste Autorität, die Finanzen und Währung lenken sollte; eine andere Autorität sollte für die Ernährung sorgen, eine dritte die Staatsbetriebe in Ordnung bringen. Der gesamte Staatsapparat sollte von den revolutionären Männern geändert werden. Außerdem war an wirtschaftliche Maßnahmen gedacht: Beseitigung des schmerzlichen Achtstundentags, Beseitigung des Einflusses des Trusts und Gewerkschaften. Ein kleiner Teil dieses Programms sei in den letzten Monaten unter dem Reichsausschussesstand durch eine Art von Reichsdiktatur durchgeführt worden. Viel Anteil wäre dem Deutschen Reich geblieben, wenn die verantwortlichen Männer in Berlin das Programm, das für dieses Direktorium gegolten hätte, durchgeführt haben würden. Vier lagen schwere Unterlassungsünden vor. Er, Zeuge, sei mit der Idee und dem Programm dieses Direktoriums in jeder Beziehung einverstanden gewesen, denn wir hätten eine Regierung gebraucht, die dem Deutschen Reich wieder das nötige Antreiben und damit auch wieder eine kleine Möglichkeit für unsere Außenpolitik geschaffen hätte. Nach Schaffung des Generalstaatskommissariats habe sich alsbald eine vollkommene Uebereinstimmung mit Raab und Seiffert über den Direktoriumsplan herausgestellt, und nachdem in den Monaten September und Oktober der Zusammenbruch des parlamentarischen Regimes immer offenkundiger geworden sei, habe man hoffen dürfen, daß die täglich zunehmende Not und der Druck der nationalen Parteien schließlich das Direktorium herbeiführen würde. Die drei unbedingten Hauptvoraussetzungen seien gewesen: geeignete Männer für das Direktorium, die sofortige Durchführung eines gründlich durchgearbeiteten positiven Programms und dann müßten die Verantwortlichkeiten des Direktoriums die absolute Garantie geben, daß die Reichswehr geschlossen hinter diesem Direktorium stand. Für dieses Programm habe er mit Raab und Seiffert sich mit zunehmendem Nachdruck eingesetzt, je mehr sich zeigte, daß wirtschaftliche Maßnahmen für das Generalstaatskommissariat unüberführbar waren, wenn nicht etwas Durchgreifendes im Reich geschähe. Das von Bayern aus erfolgen konnte, sei gewesen, daß die gesamte nationale Bewegung im Verein mit den gleichbedenkenden Kräften in Norddeutschland mit allem Nachdruck dahin strebe, daß die genannten 3 Vorbedingungen für das Direktorium geschaffen würden und daß dann das Direktorium aus Ruder-

kame. In dieser Richtung hätten sich die Besprechungen bewegt, die er, Raab und Seiffert mit diesen Leuten gehabt hätten, die sie aus dem Norden befragten, nicht aber mit Leuten, die etwa gerufen worden waren. Auf dieses Programm seien schließlich alle nationalen Kreise in Deutschland eingestellt gewesen. Aus diesem Programm sei dann von überdachten Leuten der "Marck nach Berlin" gemacht worden, ein Schlagwort, das er immer für feindlich gehalten habe. Für ihn, Raab und Seiffert sei die brennendste Lösung der deutschen Frage die Herbeiführung des Direktoriums gewesen. Der Zeuge verbeugte sich dann ausführlich über den Konflikt zwischen der bayerischen und der Reichsregierung, die später unter dem Schlagwort der "Hall-Löffow" Karm machte. Der Zeuge übte scharfe Kritik an dem damaligen unklugen Vorgehen Berlins, das er als unstaatsmännlich, kurzfristig und illegal bezeichnete mit dem Beifügen, daß er, Löffow, jederzeit bereit gewesen sei, zurückzutreten, daß er niemals eine politische Rolle habe spielen wollen, daß vielmehr der ganze Konflikt für ihn ein Aktorium gewesen sei, daß aber für die Reichsregierung der Fall zu einer Verzichtfrage geworden sei. Die Aufhebung der bayerischen Reichswehrdivision habe keine Aufhebung der bisherigen Verpflichtung bedeutet und es sei absolut falsch, wenn man von einer Trennung oder Abtrennung der sechsten Division spreche. Die bayerische Division bestehe nicht aus chinesischen Kulis, die vom Reich bezahlt werden, sondern aus bayerischen Landeskindern, die gut deutsch und gut bayerisch seien. Berlin habe den verdamnisvollen Fehler gemacht, dafür nicht das genügende Verständnis aufzubringen. Für ihn sei es schon von vornherein klar gewesen, daß er, sobald dieser Konflikt bereinigt sei, von seinem Posten zurücktreten würde. Der Zeuge sprach dann über die politische Einstellung der Infanterieoffiziere und betonte weiter die politische Linie, die er mit Raab und Seiffert verfolgt habe, werde durcheinander gebracht mit dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich. In Wirklichkeit habe die auf das Direktorium hingelenkte politische Einstellung mit diesem Konflikt nichts zu tun gehabt. Der Zeuge kam dann auf seine Beziehungen zu Hitler zu sprechen, den er seit dem 20. Januar 1923 kenne. Die Bekanntschaft Hitlers habe auch auf ihn einen Eindruck gemacht, der sich aber allmählich abgeschwächt habe, da die langen Arden fast immer das Gesicht enthielten, während einem anderen Teil: Wirklichkeitsinn und Nachschlag für das Erreichbare fehle. Für denjenigen, dessen Denkweise nichtern eingestellt sei und der der jugendlichen Vereinfachung nicht zugänglich sei, würden diese Reden allmählich amüßig. Bei persönlichen Gesprächen führe Hitler allein das Wort, Einwendungen seien selten zu machen und auch vergeblich. Das Zeitmotiv für Hitler sei: Und der König! absolut, wenn er unsern Willen tut. Tat man ihm den Willen, so war es gut, tat man ihm nicht, so fand man schlecht bei ihm im Laufe. Die erste Kräfteprobe habe mit der Niederlage Hitlers geendet und damit sei zwischen ihm und Hitler das Tischtuch zertrümmert gewesen. Im Oktober habe dann Hitler die Zeit für gekommen erachtet, seine Pläne durchzuführen. Man habe geglaubt, man könne jetzt alles tun und Hitler habe sich für den deutschen Mussolini, den deutschen Gambetta gehalten und seine Gefolgschaft habe ihn als den deutschen Meißner angelesen. In den Oktobertagen 1923 habe ihm Hitler den Plan einer Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff entworfen. Dabei sollte er, Löffow, für dieses Programm gewonnen werden. Der Zeuge war für das Direktorium, während Hitler für die Einsetzung der Reichsdiktatur war. Hitler vertrat die Ansicht, daß es keinen Zweck habe, in Berlin weiter nach Männern für das Direktorium zu suchen. Der gesunde Mann sei ja da, nämlich Hitler. Und in Ludendorff sei der große Mann gefunden, den man brauche. In Ludendorff hatte Zeuge in den letzten Jahren nur gesellschaftliche Beziehungen. Ludendorffs Idee, wie Separation u. a., habe er beifolgt. Ludendorff habe damals den Gedanken des Direktoriums als die Patentlösung bezeichnet. Am 21. Oktober habe er Ludendorff dargelegt, daß die Inzidentnahme keinerlei Separation bedeute. Ludendorff sagte ihm damals, daß er unter Vorgeben tatsächlich nicht als weiß-blauer Sonderaktion, sondern als eine unter Schwarz-weiß-roter Flagge erfolgende Tat betrachte und daß er in diesem Sinne wirken werde. Ludendorff drängte darauf, Hitler Propagandafreiheit zu geben. Am 2. Oktober hatten wir bei Raab eine Unterredung mit Herrn Winow, die ausschließlich in der Richtung auf das Direktorium gelegen war. In diesen Tagen war die Einstellung Ludendorffs scharf ablehnend. Nach der Besprechung, die Ludendorff am 8. November mit Raab und Löffow hatte, glaubte er, Zeuge, daß Ludendorff im Prinzip noch auf die Patentlösung eingestellt war. Ludendorff hatte anscheinend die Entfaltung eines Geheimnisses erwartet. Wir, Raab, Seiffert und ich, hatten aber kein Geheimnis und infolgedessen konnte auch nichts enthüllt werden. Am 31. Oktober fand eine Besprechung zwischen Löffow und Ludendorff statt, in der letzterer für die Aufrechterhaltung des gegenseitigen lokalen Verhältnisses eintrat. Zeuge habe nicht nur Hitler gegenüber, sondern auch verschiedenen Führern der vaterländischen Verbände gegenüber betont, daß der Name Ludendorff innen- und außenpolitisch für eine Diktatur nicht tragbar sei, daß aber Ludendorff einer derartigen Diktatur wohlwollend gegenüberstehe. Ebenso sei Hitler nicht zur Führung eines Diktatorats befähigt, doch konnte seine Fähigkeit auf dem Gebiete der Propaganda für das Direktorium ausgenutzt werden. Zeuge war durchaus damit einverstanden, daß Hitler der politische Trommler für diese Sache sein könne. Hitler habe schon früher Seiffert und dem Zeugen gegenüber gesagt, er werde seinen Bußch machen und ohne vorherige Verständigung nichts unternehmen. In der Besprechung am 8. November habe Zeuge sich ganz unvoreingenommen gegen jeden Bußch ausgesprochen. Damals wurde auch der Entschluß gefaßt, den Bußch nicht zu machen, da die Erkenntnis gekommen war, daß die Mitwirkung von Raab, Löffow und Seiffert bei einer derartigen Sache nicht stattfinden würde. Er, Zeuge, habe dann in den folgenden Tagen die ihm unterstellten Generale dementsprechend orientiert. Bei keiner Besprechung mit den vaterländischen Verbänden sei das Wort von dem "Marck nach Berlin" gefallen. Die Reise des Obersten von Seiffert nach Berlin habe einen rein informativen Sinn gehabt. Zeuge erwähnte dann seine Zusammenkunft mit Admiral

# Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte, Statuten, Postkarten, Zahlkarten, Zahlungsaufträge, Anklebeadressen, Programme, Visiti-, Verlobungs- und Hochzeitskarten, Trauerbriefe, Trauerkarten, ... Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen. ...

Sie werden vorteilhaft und preiswert bedient in der

# Druckfachen!



Scheer, der ebenso auf dem Boden des Direktoriums stand. Die Darstellungen, als ob Rohr, Boffow und Seiffert für die Tage vom 12. bis 15. November eine Konföderation-Diktatur gegen Hitler-Ludendorff unternehmen wollten, sei vollständig aus der Luft gegriffen.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 10. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung stellt zunächst Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einer persönlichen Bemerkung eine Äußerung des Breslauer Professors Dr. von Freytag-Loringhoven in Bezug auf seine, Stresemanns, politische Haltung als vollständig aus den Fingern geflogen hin. — Nach debattierender Erledigung kleinerer Vorlagen wird die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt. Dabei stellt Abgeordneter Dr. Baringer (Deutsche Vd.) fest, daß seine Partei das baldige Auseinandergehen des Reichstags und baldige Neuwahlen wünsche. Die weiteren Ausführungen des Redners, die er aber nicht im Rahmen der Fraktion machte, beziehen sich auf die Hypothekenaufwertung nach der Steuernotverordnung, die er als eine einseitige Begünstigung des Großkapitals bezeichnet. Sie widerspreche den Grundgedanken von Treu und Glauben und deshalb habe sich mit vollem Recht ein Sturm der Entrüstung gegen sie erhoben. Das Reichsfinanzministerium habe in allen lebenswichtigen Fragen versagt. Es habe mit verkrüppelten Armen zugehoben, daß über 90 Prozent aller Steuern vom Lohn der Arbeiter und Angestellten aufgebracht wurden, während die reichsten Fabrikanten so gut wie keine Steuern zahlten. Die notwendigen Mittel könnten viel besser aufgebracht werden durch eine energische Bekämpfung der Inflationsgewinne, eine Verwirklichung der Rheins- und Ruhrabgabe und der Brotabgabe oder durch Zuschläge zur Einkommensteuer. — Abgeordneter Scheidemann (Soz.) stimmt den Ausführungen des Vordredners zu und erklärt, daß die seit Jahren gegen den Widerspruch seiner Partei betriebene Steuerpolitik in Verbindung mit der Finanzpolitik des früheren Reichsbankpräsidenten die Masse der werktätigen Bevölkerung ausgenutzt habe, welche Unrecht durch die dritte Steuernotverordnung noch verhärtet werde. Seine Partei verlange die Ersetzung der Reichsteuern durch eine Vermögenssteuer. Der Redner greift dann den Reichsfinanzminister an, dessen Inflationsverordnung die Löhne fast vollständig von der Reichsflugschleife ausschleife. Redner geht auch auf die Vorgeschichte des Waffensstillstandes ein, um zu zeigen, daß der militärische Zusammenbruch Ludendorffs und Hindenburgs zur überhasteten Forderung des Waffensstillstandes veranlaßt habe. Seine weitere

Konkurrenzen über diesen Punkt werden häufig von der Rechten unterbrochen. Nach einer Rede gegen den Abgeordneten Dr. Delfferich erklärt Scheidemann zum Schluß, daß die Reaktion jetzt über die sozialen Errungenschaften hinweggehe, daß seine Partei aber im Kampf um diese Errungenschaften vorangehen werde. — Abgeordneter Degler (Deutschnational) erklärt, daß nicht Ludendorff der Schuldige an dem Zusammenbruch sei, sondern Scheidemann und seine Freunde, die Ludendorffs Waffen vorher stumpf gemacht hätten. Bezüglich der Notverordnungen der Regierung sagt der Redner, daß die Parteien, die seinerzeit dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hätten, sich jetzt nicht über die Verordnungen aufregen dürften. Die Steuernotverordnung habe die in der Verfassung begründeten wohlverordneten Rechte der Beamten einfach über den Haufen geworfen. Abgeordneter von Gallwitz (Deutschnational) weist zu den Ausführungen des Abg. Scheidemanns darauf hin, daß in einer Besprechung beim Reichskanzler Bringen Hag von Baden der damalige kaiserliche Staatssekretär Scheidemann sich gegen die Hinandienung von 150 000 Militärsoldaten an die Front ausgesprochen und die Begründung, die Leute verdienen gut und hätten keine Reue, an die Front zu gehen. — Es entspinnt sich sodann eine Aussprache über den deutsch-nationalen Antrag, die Reichstagswahlen auf den 11. April festzusetzen, während die Sozialdemokraten Sonntag, den 13. April, als Wahltermin gelten lassen wollen. Der Beschäftigtenkongress der Deutschnationalen wird schließlich gegen die Rechte abgelehnt und die Weiterberatung auf morgen nachmittag 2 Uhr vertagt.

**Sprechsaal.**

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingeladten übernimmt die Schriftleitung nur die prägnanteste Verantwortung.)  
**Erwidern auf das Eingeladene im Enzyklopädie Nr. 68. (Wohnungskommission und Wohnungszuweisung betr.)**  
 Daß es der Einsender des genannten Artikels mit der Wahrheit der Öffentlichkeit gegenüber nicht so genau nimmt, wird nach Nichterfüllung dieses Eingeladens jedem Leser einleuchten. — Zunächst schreibt der frühere Einsender von Vergebung der 7 Wohnungen im Stadt. Neubau, obwohl, wie anzunehmen ist, jedes Kind in hiesiger Stadt weiß, daß in diesem Bau nur 6 Wohnungen vorhanden sind; also eine bewußte Fälschung oder Lüge. Was die Vergebung der Wohnungen in fragl. Bau, sowie die Verwertung der dadurch frei werdenden Wohnungen anbelangt, wäre es doch jedenfalls angezeigt gewesen, wenn der

frühere Artikelschreiber sich hierüber bei einem Mitglied der Wohnungskommission, und zwar bei einem Mieter, besser orientiert hätte, um das richtige Bild von der Sachlage zu bekommen. Die Wohnungskommission ist zusammengesetzt je zur Hälfte aus Mietern und Hauseigentümern und nach reiflicher Überlegung bei jedem einzelnen Fall, der hier in Betracht kommt, wurde Einmütigkeit erzielt. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn der frühere Artikelschreiber in der Wohnungskommission gewesen wäre und ihm die sichhaltigen Gründe, die angeführt wurden, zur Kenntnis gelangt wären, er selbst vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet kaum ein anderes Urteil hätte abgeben können.

Kann zu dem Punkt, der meine Person speziell betrifft. Hier schreibt der Einsender, daß ich es fertig gebracht habe, daß eine Familie von meinem Haus ebenfalls im Stadt. Neubau untergebracht wurde, ohne daß sich die Familie um eine Wohnung beworben hätte. Dies ist die 2. Lüge. Die Frau des betreffenden Mieters hat selbst persönlich zu mir gesagt, ich möchte so gut sein und ihr für eine Wohnung sorgen. Wenn weiter erwähnt wird, daß sich meine Familie nicht vermehrt hat, so ist auch dies richtigzustellen. Die Wohnung, die jetzt frei werden soll, besteht aus 3 Räumen — ich sage hier ausdrücklich Räume nicht Zimmer, denn von gewisser Seite werden diese Räume als Lächer bezeichnet — und soll mir künftig zur Verfügung stehen. Für diese 3 Räume muß ich aber 2 Räume, welche ich bis jetzt inne hatte und die gleichwertig sind, an andere Mieter in meinem Hause abgeben, so daß ich nur einen Raum mehr erhalte als bisher. Nun ist aber ein Sohn von mir, der seit 1914 nicht mehr zu Hause war — 4 Jahre im Krieg — und noch 1914 in der Fremde zur weiteren Ausbildung — zurückgekehrt; ferner ist 1 Tochter, die ebenfalls seit 1915 in Stellung war, seit circa 1/2 Jahr wieder zu Hause, so daß ich gegenwärtig nicht einmal in der Lage bin, solange die Wohnung nicht geräumt ist, für alle Zeiten aufzuschlagen. Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn sich alle Mieter so einschränken würden, wie ich es bisher getan habe und auch weiterhin tun werde, für den Einsender des in Frage kommenden Artikels sich schon noch etwas mehr Raum finden würde. Uebrigens bemerke ich die Angabe, die er gemacht hat, daß er nur ein Zimmer mit 2-4 Meter für 6 Personen zur Verfügung habe. Hier ist jedenfalls sonst noch irgend etwas dabei und der Fall doch nicht ganz so leicht, wie es von dem Mieter geschildet wird. Deshalb immer bei der Wahrheit bleiben und speziell dann, wenn man öffentlich im Enzyklopädie etwas rügen will.  
 R. Ferendach.

**Forstamt Calmbach.**  
**Nadelholzstangen und Schichtnadelholzverkauf**  
 am Mittwoch, den 19. März 1924, vormittags 9 1/2 Uhr in Calmbach („Sonne“) 1) Nadelholzstangen (52% Ft., 48% La.) aus Staatswald Eiberg Abtl. Eschbruch, Frommerswiese; Weßlern, Abtl. Gütte, Kälbling, Abtl. Stenwiese, Börd. Than und Jägerhütte: Bordf.: 213 I a., 391 I b., 445 II., 195 III. Kl. Hagst.: 118 I., 428 II., 479 III. Kl. Hopfenst.: 598 I., 760 II., 153 III., 260 IV., 225 V. Kl. Rebh. 210 I. Kl. 2) Schichtholz aus Distrikt Eiberg, Weßlern, Heimenhardt, Kälbling, Km.: 4 Eich., Anbruch, 13 Rothb.-Scheiter (nadelholztauglich), 1 Weißb.-Koller, 2 Birkl.-Kugel, 5 Birkl.-Koller, je 2 Meter lg.; 8 I., 13 II., 6 III. Klasse. Papierrollen: 26 Stabholz-Stempel(forch.) 1 La.-Scheiter (mit Spalth.), 60 Ft.- und La.-„Anbruch“ (Schiffholz). Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

**Forstamt Dirsau.**  
**Nadelstammholzverkauf**  
 am Dienstag den 18. März 1924, nachmittags 1 Uhr in Dirsau im „Röhle“ aus Staatswald Jellerholz, Langenroder, Eßelsbach, Aigenbrunnen, Langenwand, Wandelgrund, Bläiche, Dölzwasen, Kohlstigle, Rittweg, Reichertsbald, Sanckausen, Ulrichsacker, Tränkwasen, 355 Fo. mit Fm. Langholz: 13 I., 66 II., 116 III., 65 IV., 15 V. Kl. Sögh.: 7 I., 12 II., 1 III. Klasse. 2211 La. 457 Ft. mit Fm.: 46 I., 155 II., 420 III., 343 IV., 285 V., 45 VI. Klasse. Sögh.: 3 I., 14 II., 8 III. Klasse. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

**Herrenald.**  
 Wir liefern bis auf weiteres lehmfreien  
**Gehwegkies**  
 frei Verwendungsstelle.  
**Karl Zenfer, R.-G.**

**Einteilung der Impfbezirke für das Jahr 1924.**  
 Für das Impfgeschäft 1924 müssen auf Weisung des Ministeriums des Innern vom 6. Februar d. J. Gemeinden zu einem Impfbezirk zusammengelegt werden. Der Bezirksrat hat daher zugeteilt:  
 Rotensol und Reusg dem Impfbezirk Döbel,  
 Conweiler dem Impfbezirk Schwann,  
 Aenbach, Ober- und Unterneibelsbach dem Impfbezirk Gräfenhausen,  
 Weinberg und Igelölch dem Impfbezirk Reissenbach,  
 Unterlengenhardt dem Impfbezirk Oberlengenhardt,  
 Wiefelsberg dem Impfbezirk Schwarzenberg,  
 Langenbrand dem Impfbezirk Schömberg,  
 Calmbach dem Impfbezirk Grumbach.  
 Im übrigen wird die durch oberamtl. Bekanntmachung vom 1. März 1904 veröffentlichte Einteilung der Impfbezirke beibehalten.  
**Neuenbürg, den 10. März 1924. Oberamt: Wagner.**

**Stangen-Verkauf.**  
 Die Gemeinde Engelsbrand verkauft am Samstag, den 15. März, nachm. 3 Uhr, auf dem Rathaus:  
**Sauhaugen:** 33 St. Ia., 43 Ib., 102 II., 22 III. Klasse; **Haghaugen:** 6 I., 14 II., 103 III. Klasse; **Hopfenhaugen:** 11 I., 80 II., 45 III. und 11 Rebheden 1. Klasse.  
**Schultheißenamt.**

**Forstamt Simmersfeld.**  
**Nadelstammholzverkauf**  
 im schriftlichen Auktionsverkauf am Montag, den 17. März 1924, vorm. 11 Uhr, im „Dirsch“ in Simmersfeld aus Staatswald: 112 Ft. 427 La. m. Fm. Langh.: 11 I., 44 2., 132 3., 122 4., 50 V., 3 VI. Kl. Sögh.: 7 I., 17 II., 7 III. Kl. Fo. 701 mit Fm. Langh.: 11 I., 98 II., 259 III., 106 IV., 34 V., 1 VI. Kl. Sögh.: 7 I., 11 II., 8 III. Kl. Losverzeichnisse u. Angebotsvordrucke von der Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

**Bieh-Verkauf.**  
 Von Mittwoch, den 12. ds. Mts., stehen wieder fortwährend  
**schöne, trächt. Kalbinnen und Kühe**  
 in unserer Stallung, wozu Kauf- und Tauschliebhaber einladen  
**Julius Maier und Hermann Dreyfuß,**  
 Pforzheim, Gymnasiumstraße 135.

**Siegfried Arthur Walter**  
 Mit dankerfülltem Herzen zeigen wir die glückliche Ankunft eines Stammhalters an  
**Arthur Braun und Frau Erna,**  
 geb. Waidelich.  
 Pforzheim (Siloah), den 9. März 1924.

**Neuenbürg, den 10. März 1924.**  
**Dankklagung.**  
 Anlässlich des Hinscheidens unseres geliebten, treubeforgten Vaters, Großvaters, Schwiegervaters, Schwagers und Onkels  
**Christian Schönthaler**  
 durften wir von allen Seiten aufrichtige Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme erfahren, daß es uns drängt, hierfür unseren innigsten Dank auszusprechen. Insbesondere danken wir herzlich für die überaus gütliche Leichenbegleitung von nah und fern, der Aliveteranen, des Kriegervereins II, für die ehrenden Nachrufe seitens der verehrlichen Stadtverwaltung und des Bezirks-Kriegerverbandes, für den erhebenden Gesang des Quartetts des Turnergesangsvereins, wie auch für die vielen Kranz- und Blumen spenden.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Sägenscharfmaschine**  
 für Gatter- und Kreissäge, Fabrikat Schmalz Offenbach, gebraucht aber noch gut erhalten, zu verkaufen. Die Maschine kann bis 25. März auf unserem Rotenbachwerk im Betrieb beschäftigt werden.  
**Krauth & Comp., Hüfen a. Enz.**

**Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenald.**  
 10. März 1924.

	Heutgl. Kurs	Vorig. Kurs	Heutgl. Kurs	Vorig. Kurs
Geldanleihe	4,2	4,2	Berg. Akt.	5
3% Dt. Reichsanl.	0,975	0,975	Vaderus Akt.	19
4% „	0,500	0,425	Charlottenburger	26 1/2
5% „	0,95	0,90	Wasser Akt.	27 1/2
3 1/2% Würt.			Daiml. Mt. Akt.	4 1/2
Staatsanleihe	0,650	0,640	Gaggenau	5
4% W. Staatsanl.	0,570	0,570	Eisen Akt.	6 1/2
5% Südd. Festsch.	1,675	1,65	Germaania	
Badische Kohlenanleihe	11,7	11,25	Linoleum Akt.	14
5% Redcar	2,5	2,5	Harp. Bergb. Akt.	73 1/2
Geldanleihe	2,5	2,5	Nichtst. Forst. Akt.	15
Dtsch. Bank Akt.	12	13,5	Singhans Akt.	11 1/2
Disconto-Command. Akt.	14	15,8	Köln-Rottw. Akt.	10,8
Reichsbank Akt.	32	37,40	Rollman & Jaurdan Akt.	30 1/2
Rhein. Creditbank Akt.	3,8	3,8	Rittinger Akt.	11,6
Württemberg. Vereinsbank Akt.	4,2	4	Laurahütte Akt.	17 1/2
Hapog Akt.	40	37 1/2	Mogirus Akt.	3,2
Nordb. Lloyd Akt.	7 1/2	8	Mansfeld Akt.	12,3
Wlg. Kohalb. Akt.	35	35	R.G.U. Akt.	6 1/2
Elekt. Hochb. Akt.	43	38 1/2	Neckarwerke Akt.	7
R.G.G. Akt.	11 1/2	12,5	Inf. Sögh. Akt.	9,45
Bad. Wallis Akt.	19	19 1/2	Calz. Heilbr. Akt.	102
			Stuttg. Zuck. Akt.	6
			Würt. Elekt. Akt.	8,8
			Zellstoff	
			Waldbhof Akt.	12 1/2
				14,1

**Forstämter Wildbad und Weßlern.**  
**Nadelstammholzverkauf**  
 am Donnerstag, den 20. März 1924, vormittags 9 Uhr in Wildbad, im Caffee Bedstle, 1. Forstamt Wildbad aus Staatswald I. Abt. Vord. und Hinterer Nagelberg, Tschmachersweg, Christophshof, Unt. Gutfritz und Gutfritze 1619 La. und Ft.-Stämme mit Fm.: 120 I., 106 II., 93 III., 81 IV., 168 V., 108 VI., 59 La. und Ft.-Abshn. mit Fm.: 4 I., 9 II., 13 III. Kl. 27 Fo.-Stämme mit Fm.: 14 I., 15 II., 13 III. 2 Fo.-Abshn. mit Fm.: 1 I. und 1 II. Kl. 2. Forstamt Weßlern: aus Staatswald II. Wanne Abt. Heuhütte und Wistweg 200 Fo.-Stämme mit Fm.: 12 I., 60 II., 90 III., 33 IV., 6 V. Kl. 15 Fo.-Abshn. m. Fm. 5 I., 6 II., 3 III. Klasse. 167 La.-Stämme mit Fm.: 156 I., 61 II., 39 III., 18 IV., 14 V., 1 VI. Klasse. 23 La.-Abshn. mit Fm. 17 I., 8 II., 4 III. Klasse. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

**Forstamt Herrenald.**  
**Nadelholzstangen-Verkauf**  
 am Freitag, den 21. März 1924, vorm. 10 Uhr, in Herrenald auf dem Rathaus aus Staatswald Harbberg, Pmt. Lannschach, O. Eckopf, Gohstfieg, Renndberg, Vernstein, Harbt, Dellberg, Rißplatte, U. Döbelberg, U. Döbelwäsele, Ob. Dachbawischlag, Flachsteich, Großer Hag, Rankenwischenswäsele, U. Teichloch, Wildbaderwegle, Jährstich: Bauhaugen: 1326 Ia., 2787 Ib., 2395 II., 1060 III. Kl.; Haghaugen: 895 I., 2070 II., 2460 III. Kl.; Hopfenhaugen: 2760 I., 3425 II., 720 III., 1450 IV., 2165 V. Kl.; Rebheden: 4360 I., 1210 II. Kl.; Bohnensteden: 935 St. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. D., Stuttgart.  
 Zu verkaufen 3-4 Meter  
**Stodholz.**  
 Angebote mit Preis an die Enzyklopädie-Geschäftsstelle.

**Bezugspreis**  
 Halbmonatlich 17 1/2  
 50 Monatshefte 85  
 Post im Ort 1 u. 2  
 wechsl., sowie im  
 Ausland. Berlebe  
 pfennig m. Postbe  
 freibleib  
 Nachzahlung von  
 Preis einer Nummer  
 pfennig.  
 In Fällen von Ad  
 walt befehlt kein  
 auf Befreiung der  
 über auf Rückst  
 Bezugspreis  
 Befreiungen  
 kassieren, un  
 annehmen bis  
 jederzeit enig  
 1924  
 10. 3.  
 Reichsfinanzmini  
 der Länder statt  
 ter befaßt. Es  
 hinausgegang.  
 um 20 Prozent.  
 und wie die De  
 schaffen wird, i  
 herminister Dr.  
 Wohlkreis zu  
 Spitze der Reich  
 sem Entschluß  
 gegeben haben.  
 vom 1. Mai die  
 Petrograd (Pet  
 Von diesem Tag  
 Leningrad“.  
 München, 10.  
 Bayerischen Vol  
 geradezu sensati  
 beim war, wie  
 scharf mitgenom  
 Unterredung, di  
 ehen Nachrichten  
 hingewiesen. G  
 Bertelidger in  
 daß hier irgend  
 Nun meldet sich  
 Dr. Heim das A  
 Abgeordneten vo  
 Oberlandesgeric  
 gemacht wurde,  
 von sich aus die  
 sichern, dann se  
 führen, daß do  
 Abgeordnete Sa  
 mit dem Rechts  
 Die Angelegen  
 scheinlich schon  
 wird. Denn die  
 ist, daß die Ver  
 langt habe für  
 in der Projekti  
 München, 10.  
 gab dann der B  
 im Bürgerbräu  
 testen der Geba  
 etwas passieren  
 auf eine Verlan  
 vaterländisch un  
 werden könnte?  
 habe er zunächst  
 lung von links  
 Dittler und sein  
 gewesen. Hinter  
 Uniform mit an  
 sei mit einer W  
 während Seiff  
 Schach gehalten  
 in scharrem Ton  
 ter Vorgänge h  
 Jungen waren  
 der drei Berzen  
 befindlichen Wa  
 Rahr, Seiffert u  
 noch seine Wist  
 stotermännern  
 von Bemerkun  
 Maschinengeve  
 seien Tübende  
 dagestanden. S  
 eingegangen. B  
 seit dem ersten  
 hätten sich in  
 sammengedräng  
 und tiefsten  
 tigen Ueberfall  
 der gegebenen  
 tiefsten Trauer  
 Bayern und im  
 daß der sonent  
 müßte. Seiner  
 folgen, die jet  
 Durcheinander,  
 Rand in Bayer  
 Tischen von  
 „Was war zu t  
 Infolge der E  
 Dittler noch im  
 Zwischensall h  
 Aber auch im  
 werden können.  
 Dittler würde n  
 low und Seiffe  
 immer größer  
 das Balerland  
 habe es nur e  
 bänger zu tür  
 geküßt habe.